



NATO erprobte Atomwaffeneinsatz am Gebiet Deutschlands „um russischen Vormarsch zu behindern“

 Europapolitik

 Autor(in): MFG

 29. April 2022

Teilen:

In der aktuellen Diskussion um den Ukraine-Krieg wird häufig Russland vorgeworfen, den Einsatz von Atomwaffen zu planen. Tatsächlich gibt es schon lange Pläne für einen Atomwaffeneinsatz in Deutschland –

allerdings von unerwarteter Seite. Durch das deutsche Staatsgebiet soll ein radioaktiver Gürtel gebombt werden, der „den Feind“ aufhält.

Die Doktrin stammt aus dem kalten Krieg, ist aber heute viel aktueller als in den Jahrzehnten zuvor. Für den Fall eines russischen Angriffs auf Europa könnte man die Gebiete mit Atomwaffen attackieren, durch die russische Truppen durchmarschieren möchten. Dazu wurde das deutsche Staatsgebiet auserkoren. Bekannt ist beispielsweise der Plan, an der Grenze zwischen West- und Ostdeutschland hunderte Atombomben (atomare Landminen) zu vergraben, um sie im Kriegsfall detonieren zu lassen. Die mögliche Auswirkung auf die deutsche Bevölkerung kann man sich vorstellen. Der Plan selbst stammte aus 1958, [beseitigt wurde er angeblich im Jahr 1969 durch den damaligen Kanzler Helmut Schmidt](#).

Die genaue Verteidigungslinie dieser Doktrin verlief östlich von Hannover über Würzburg und Nürnberg bis zur tschechischen Grenze. Östlich dieser Linie sollten „atomare Sperrwaffen“ eingesetzt werden, um den Vormarsch russischer Panzer zu verhindern. Schmidt sagte dazu im Jahr 2007:

Ein Beispiel war der Nato-Plan, atomare Landminen entlang der deutsch-deutschen Grenze zu vergraben als Stolperdraht, der einen konventionellen sowjetischen Angriff in einen Nuklearkrieg verwandelt, genauso automatisch Deutschland vernichtet und seinen Verteidigungswillen gebrochen hätte.

Im Kalten Krieg wurde eine Kriegssimulation namens „[Sieben Tage bis an den Rhein](#)“ durchgeführt. Die Staaten des Warschauer Pakts planten im Jahr 1979, wie sie mit vereinten Truppen innerhalb von sieben Tagen Deutschland, Österreich, Dänemark, Luxemburg, Belgien und die Niederlande besiegen könnten. Die damaligen Pläne beinhalteten wechselseitige Atomschläge zwischen der Sowjetunion und der NATO. Dabei plante die Sowjetunion taktische Atomschläge gegen Wien, Vicenza, Verona, Padua, Stuttgart, München, Nürnberg, Roskilde und Esbjerg. Grundsätzlich sollten wichtige Städte oder Militärbasen mit Nuklearwaffen zerstört werden, im entstehenden Chaos marschieren dann Militärverbände ein und übernehmen die Kontrolle. Diese Pläne wurden im Jahr 2005 vom polnischen Verteidigungsministerium offengelegt. Konkrete Übungen dazu fanden bis Ende der 1980er Jahre statt.

Es ist natürlich klar, dass auch auf der anderen Seite entsprechende Pläne geschmiedet und Simulationen durchgeführt wurden. Diese Pläne sind nicht in der Vergessenheit verschwunden, im Gegenteil. Jedes Jahr führt die NATO eine Übung durch, welche die Verteidigung Westeuropas durch den Einsatz



von Nuklearwaffen beinhaltet. Die Übung nennt sich „Steadfast Noon“ und [fand zuletzt im Oktober 2021 statt](#).

Deutsche Massenmedien berichteten diesbezüglich, dass man davon ausgehe, dass US-Atomwaffen in Deutschland, Belgien, den Niederlanden und der Türkei lagern. Diese sollen im Kriegsfall nicht nur von US-Streitkräften sondern auch von Flugzeugen der Partnerstaaten eingesetzt werden können. Das Medium [Business Insider analysierte im März die Deutschland zuge dachte Rolle](#) im Falle eines Atomkriegs genau. So müssten deutsche Piloten auf amerikanische Anweisung Atombomben zum gewünschten Einsatzort fliegen, die Schärfung der Massenmord-Instrumente würde durch die Amerikaner erfolgen.

Bei der [Bundespressekonferenz zur Operation Steadfast Noon im Jahr 2020](#) war das Ziel der möglichen Atombombenabwürfe ein Thema. Journalisten argwöhnten, dass auch das deutsche Staatsgebiet Ziel solcher Bombardierungen sein könnte. So wurde die Frage gestellt, ob das Trainieren des Abwurfs von US-Atomwaffen durch deutsche Tornado-Flugzeuge auf deutschem Staatsgebiet geübt werde und ob diese Übung als „Verteidigung des Bündnisgebietes“ anzusehen wäre. Das deutsche Verteidigungsministerium dementierte nicht, verwies auf Geheimhaltungspflichten und äußerte folgenden denkwürdigen Satz: „Insgesamt muss natürlich das, was militärisch geplant ist, auch geübt werden.“

Die MFG tritt für weltweite Abrüstung von Nuklearwaffen ein. Jeglicher Einsatz von Massenvernichtungswaffen ist inakzeptabel. In Österreich vertreten wir das Prinzip der immerwährenden Neutralität. Unser Land muss sich aus sämtlichen Kriegen und Konflikten heraushalten, aber als neutrales Gebiet für Vermittlungen und Verhandlungen zur Verfügung stehen. Die aktuelle Bundesregierung hat die internationale Glaubwürdigkeit Österreichs als neutrales Land verspielt. Diese Glaubwürdigkeit muss unter allen Umständen wiederhergestellt werden, damit Österreich seinen Teil zum Frieden in der Welt beitragen kann.

